

Informationen zu den Demonstrationen



Die Badischen Bauern



Darum demonstrieren wir:

- Um alle mit **regionalen Lebensmitteln** versorgen zu können
- Um den ländlichen Raum zu stärken und **lokale Arbeitsplätze** zu bewahren
- Für die praktische Umsetzung des **Klima- und Bodenschutzes** sowie des nachhaltigen **Pflanzenschutzes**
- Um den europäischen und globalen **Wettbewerb** meistern zu können
- **Gegen Einkommensverluste** in der Landwirtschaft.
- **Für Anerkennung** und Unterstützung durch die Politik
- **Für Euch** und den Mittelstand
- Für **mehr Wertschätzung** durch die Gesellschaft
- Es geht also nicht nur um **Agrardiesel**, die Kürzungen haben das Fass zum Überlaufen gebracht!

So könnt Ihr uns unterstützen:

- **Regional einkaufen** (auf dem Wochenmarkt, im Hofladen, beim Metzger, über eine Gemüsebox, am Regiomaten oder auch bei Einzelhändlern, die Produkte aus der Region verkaufen)
- Produkte von regionalen Weiterverarbeitern (Molkerei, Mühle, Metzgerei, Ölmühle, etc.) kaufen
- **Saisonal kochen** lernen und entsprechend einkaufen
- Uns Landwirtinnen und Landwirten **Verständnis, Unterstützung und Wertschätzung** zeigen
- Darauf **vertrauen**, dass wir unseren Job nach bestem Wissen und Gewissen machen, damit ihr täglich frische Lebensmittel auf dem Tisch habt!



Warum sind Ausgleichszahlungen (sogenannte “Subventionen”) für die Landwirtschaft in Deutschland notwendig?

Die Standards der deutschen Landwirtschaft sind mit die höchsten in der Welt!

- Aufgrund **höherer Auflagen** (z.B. Umweltstandards, Mindestlohn) ist die Lebensmittelproduktion in Deutschland deutlich teurer als in anderen Ländern. Der **Mindestlohn** ist von 2015 bis heute von 8,50€ auf 12,41€ gestiegen, was zu deutlichen Mehrkosten auf den Betrieben führt. In Spanien beispielsweise liegt der Mindestlohn bei 6,55€.

Ausgleichszahlungen sind an Bedingungen geknüpft!

- Die sogenannten “Subventionen” sind ein Ausgleich für den hohen Aufwand, der in deutschen Landwirtschaft betrieben werden muss, um bezahlbare Lebensmittel zu erzeugen. Die Zahlungen sind an klare Bedingungen geknüpft, insbesondere **Umwelt- und Biodiversitätsmaßnahmen**. Eine Studie aus dem Jahr 2017 kam zu dem Ergebnis, dass die Kosten, die sich aus den europäischen Umweltstandards und den zusätzlichen deutschen Auflagen ergeben, **durchschnittlich 246€/ha höher** sind als bei den Anforderungen im internationalen Wettbewerb.

Landwirtschaft trägt zum Klimaschutz bei!

- In den landwirtschaftlich genutzten Flächen in Deutschland sind etwa 2,4 Milliarden Tonnen Kohlenstoff (CO₂) gespeichert. Damit befindet sich mehr als doppelt so viel Kohlenstoff in landwirtschaftlichen Böden, wie im gesamten Baumbestand in deutschen Wäldern. Während Ackerböden im Schnitt etwa 95 Tonnen CO₂ pro Hektar speichern, sind in Grünlandflächen durchschnittlich 181 Tonnen pro Hektar gebunden.

Die Landwirtschaft erbringt Gemeinwohlleistungen!

- Wir erbringen mit unserer Arbeit neben der Lebensmittelproduktion noch **viele andere Leistungen für die Gesellschaft**. So bieten Bäume und Sträucher entlang von Feldern Schutz für allerlei Lebewesen. Auch das Wechselspiel aus Wald und Weide im Schwarzwald bietet für viele seltene Arten einen Lebensraum. Diese naturschutzfachlich hochwertigen Strukturen können nur durch die Bewirtschaftung mit Weidetieren erhalten bleiben. Unsere strukturreiche, kleinteilige Landwirtschaft in Baden bietet eine **hohe Biodiversität und der Gesellschaft tolle Ausflugsziele**. Ohne unsere Landschaftspflege würde es hier ganz anders aussehen.

Ohne Ausgleichszahlungen gibt es mehr Importe!

- Eine Landwirtschaft **ohne Ausgleichszahlungen** führt zu **mehr Importen und weniger regionaler Herkunft**. Wenn die Landwirte keine Ausgleichszahlungen erhalten, **fehlt ihnen ca. die Hälfte ihres Einkommens**. Das würde für viele Familien das Aus ihres Betriebes bedeuten oder die Lebensmittelpreise müssten stark ansteigen. So lange im Ausland jedoch so viel günstiger produziert werden kann, würde es verstärkt zu Lebensmittelimporten kommen. Dort haben wir jedoch keinen Einfluss auf Produktionsstandards.

Landwirtschaft ist bunt!

Wir distanzieren uns von rechten Trittbrettfahrern, Galgen, Blut und Boden, Umsturzphantasten und Co. Diese wollen wir nicht und brauchen wir nicht bei unseren Aktionen!!!

Zu viel ist zu viel – Beispiele für Einschnitte der letzten Jahre

Agrardiesel

Die Agrardieselerückstattung ist keine Subvention: Landwirte haben bisher den vollen Steuersatz gezahlt und bekamen am Ende des Jahres einen Teil der gezahlten Steuern zurückerstattet, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Mit der Abschaffung dieser Maßnahme kommt auf die landwirtschaftlichen Betriebe eine Mehrbelastung von 440 Millionen Euro zu. Eine Steuererhöhung in dieser Größenordnung für eine einzige Branche ist bisher beispielloos und grob unverhältnismäßig.

Bei einem Verbrauch von ca. 110-120 Litern je Hektar erhält der durchschnittliche baden-württembergische Vollerwerbsbetrieb mit ca. 50 Hektar bewirtschafteter Fläche eine durchschnittliche Rückvergütung von 1200 € im Jahr. Mit der steigenden CO₂-Abgabe **summiert sich der Betrag auf 2000€ pro Jahr**, was einen direkten Einkommensverlust für die Landwirtschaftsfamilien darstellt.

Kürzung der GAK-Mittel

Aufgrund der Haushaltslage wurden bereits die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um **293 Mio. € gekürzt (in BW -40 Mio. €)**, was massive Einschnitte in Förderprogramme für die Landwirtschaft zur Folge hat. Viele Förderprogramme werden anteilig auch aus EU-Mitteln finanziert. Fällt ein Förderprogramm aufgrund fehlender nationaler Mittel aus, fließen auch keine EU-Gelder in die Förderung unserer Landwirtschaft.

FFH-Richtlinie

Mit der Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie werden Landwirtinnen und Landwirte in der Bewirtschaftung ihrer Flächen stark eingeschränkt. Lebensraumtypen mit bestimmten Arten müssen erhalten bleiben. Ändern sich die Pflanzenarten auf einer Wiese, kann der Landwirt unter der Androhung von Geldstrafen gezwungen werden den Ursprungszustand wieder herzustellen. Verändert sich zum Beispiel wegen Trockenheit die Artenzusammensetzung einer FFH-Mähwiese, so bleibt der Landwirt in der Wiederherstellungspflicht. Streng geschützte Tierarten wie Wolf und Biber fallen auch unter den Schutz der FFH-Richtlinie und verursachen erhebliche Schäden am Eigentum der Landwirte.

Schutzmaßnahmen werden zwar gefördert, sind aber aufwendig in der Pflege und bedeuten einen hohen Mehraufwand.



Stopp des Investitionsprogramms Landwirtschaft

„Bauernmilliarde“

Den Landwirtinnen und Landwirten wurde 1 Mrd. Euro Förderung versprochen, um notwendige Investitionen zu unterstützen. Diese sogenannte Bauernmilliarde sollte innerhalb von vier Jahren ausbezahlt werden. Um den Investitionsstau in der Landwirtschaft zu mindern. **Nun wurde das Programm aufgrund der Haushaltslage gestoppt, nur noch bereits bewilligte Anträge werden abgewickelt.**

Neue GAP ab 2023

Mit der neuen GAP kamen die Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ) als Kriterium für den Prämienbezug dazu. Es gibt Regelungen zu Erosionsschutz, Mindestbodenbedeckung und Fruchtwechsel welcher jeder Landwirt einhalten muss, um überhaupt Subventionen zu bekommen. **Die darin festgehaltenen Termine zu Saat- und Pflugzeiten sind allgemein festgehalten, anstatt auf die individuelle Region, die Witterung und den Betrieb einzugehen, daher widersprechen sie oft der guten fachlichen Praxis.** Bei GLÖZ 5 (Erosionsschutz) gibt es beispielsweise ein Pflugverbot zwischen dem 1.12. und dem 15.02. für 60% der Ackerfläche in Baden-Württemberg. Das bereitet insbesondere dem Ökolandbau Probleme, der zur Kontrolle des Unkrautdrucks stark auf den Pflug angewiesen ist.

Unsicherheit für Tierhalter

Die Gesellschaft fordert mehr Tierwohl in deutschen Ställen, ist jedoch oft nicht bereit an der Ladentheke mehr dafür zu bezahlen. Das hierfür eingerichtete Expertengremium, die sogenannte Borchert-Kommission, hat im August 2023 frustriert ihre Auflösung beschlossen. **Die Tierhalter brauchen Klarheit und Rechtssicherheit um in ihre Betriebe zu investieren.** Oftmals ändern sich die Vorgaben nach einigen Jahren wieder und selbst neue Ställe müssen wieder umgebaut werden, ein Stall wird aber in der Regel 20-30 Jahre abbezahlt.

Viel Bürokratie und fachfremde Auflagen

Strikte Dokumentationsauflagen zum Einsatz von Antibiotika, Pflanzenschutz- und Düngemitteln bis hin zur Bonpflicht an Milchtankstellen und auf Wochenmärkten führen dazu, dass **Landwirtinnen und Landwirte immer mehr Zeit im Büro verbringen**, während die Arbeit draußen nicht weniger wird. Durch Auflagen wie dem Mulchverbot und dem Verbrennungsverbot von Baumschnittmaterial am Feldrand entsteht bei vielen von uns der Eindruck, die politischen Institutionen hätten keine Ahnung von der landwirtschaftlichen Praxis.